

Luxemburg, den 16. November 2020

Kritik am liberalen Gesetzesprojekt 7662 - Für den Erhalt pädagogischer Kompetenzen im Bildungswesen und eine Kultur des Dialogs in der Bildungspolitik

déi jonk gréng lehnen das geplante **Gesetz zur Öffnung von Direktionsposten spezialisierter Schulen auf Quereinsteiger*innen** ohne jahrelange, berufliche Erfahrung im Bildungswesen sowohl aus inhaltlichen als auch formellen Gründen ab.

Zur Leitung von Bildungseinrichtungen ist es unerlässlich, dass die Führungsstellen mit Menschen besetzt werden, die eine **profunde Kenntnis der spezifischen schulischen Gegebenheiten und der verschiedenen Akteure** (Schüler*innen, Lehrer*innen, sozio-educatives Personal, etc.) in bestimmten Lyzeen haben, um auf dieser Basis ihre koordinierende Arbeit kompetent ausüben zu können. Hinzu kommt, dass **Direktor*innen in die Bewertung angehender Lehrer*innen eingebunden sind** und diese für einen qualitativ hochwertigen Unterricht so wichtige Aufgabe wohl kaum erfüllen können, wenn sie **keine berufliche Erfahrung im Bildungswesen** haben.

déi jonk gréng bedauern den Umstand, dass das Gesetzesprojekt, welches erst Anfang September vom zuständigen Minister vorgelegt worden ist, bereits diesen Mittwoch im Parlament verabschiedet werden soll. **Wir stehen für eine Bildungspolitik, bei der alle beteiligten Akteure** (Schüler*innenvertretungen, Lehrer*innengewerkschaften, etc.) **eingebunden werden und eine breite öffentliche Debatte zu Gesetzesprojekten stattfindet**, aus der gegebenenfalls die Notwendigkeit von inhaltlichen Anpassungen hervorgeht, ehe sie verabschiedet werden.

déi jonk gréng sind sich bewusst, dass die **Einbindung von Quereinsteiger*innen mit beruflichen Erfahrungen** in einem bestimmten Bereich auch **Chancen bieten kann**, wenn diese ins Bildungswesen wechseln und ihr **Know How mit den Schüler*innen teilen**. Dies setzt natürlich eine entsprechende **pädagogische Weiterbildung** voraus. Darüber hinaus ist insbesondere für spezialisierte Schulen ein **früher Kontakt zur Arbeitswelt ganz im Sinne der Schüler*innen und ihrer beruflichen Orientierung**. Solche Synergien können über eine Integration von Menschen aus der Berufswelt in die jeweilige *Cellule de développement scolaire* gestärkt werden.

Sollte das Gesetz trotz der vielfachen Kritik verabschiedet werden, fordern wir, dass etwaige Quereinsteiger*innen ohne jahrelange, berufliche Erfahrung im Bildungswesen **obligatorische Fortbildungen im pädagogischen Bereich absolvieren müssen, ehe sie Direktionsposten antreten können**. Auf der anderen Seite hat auch nicht jede*r Lehrer*in unbedingt die nötigen Vorkenntnisse, um Direktionsposten zu übernehmen, sodass wir hier die **Idee von Weiterbildungskursen zu den Kompetenzen, die für ein adäquates Schulmanagement gebraucht werden**, aufwerfen wollen.